Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 35 (1956)
Heft: 5-6

Artikel: Aus der Wirtschaftskommission für Europa
Autor: Oeconomicus
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-336903

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Aus der Wirtschaftskommission für Europa

In Genf ist im April dieses Jahres die Europäische Wirtschaftskommission (ECE) zu ihrer 11. Tagung zusammengetreten. Das Hauptdiskussionsthema war diesmal die Zukunft der Ost-West-Beziehungen im Wirtschaftsleben. Leider war die Tagung sehr stark von politischen Interessen, sowohl östlichen wie westlichen, beeinflußt. Nach Ansicht gewisser Kreise hat sich das östliche Element in der ECE verstärkt, weil Albanien, Bulgarien, Rumänien und Ungarn jetzt als Vollmitglieder an der Tagung teilnehmen; es wird in diesem Zusammenhang auf einen Antrag der Tschechoslowakei hinsichtlich des Rechtsstatus der Deutschen Demokratischen Republik hingewiesen. Die Sowjetunion hingegen, heißt es, schlägt ein Gesamtprogramm für die europäische Wirtschaftszusammenarbeit vor und will Organisationen schaffen zur Zusammenarbeit in der friedlichen Auswertung der Atomenergie.

Wir möchten darauf aufmerksam machen, daß nicht nur die östlich eingestellten obengenannten Staaten neu in die ECE aufgenommen wurden, sondern daß auch westlich orientierte Länder, wie Österreich, Finnland, Irland, Italien, Spanien und Portugal, als Vollmitglieder neu hinzugekommen sind. Es wird sich zeigen, ob die Deutsche Demokratische Republik so viel Stimmen erhalten hat, daß sie an den Verhandlungen, sei es auch ohne Stimmrecht, teilnehmen kann. Die Sowjetunion will auch darauf drängen, daß untersucht wird, wie eine Förderung des Ost-West-Warenaustausches herbeigeführt werden kann. Die Aufnahme Ostdeutschlands in die Wirtschaftskommission für Europa wurde mit 17 gegen 11 Stimmen, bei Stimmenthaltung Schwedens, abgelehnt, was um so bedauerlicher ist, als Westdeutschland schon Mitglied der ECE ist.

Das Sekretariat der Kommission hat auch seinen Bericht (Survey) über den Stand der europäischen Wirtschaft im Jahre 1955 veröffentlicht. In zwei Kapiteln werden spezielle Probleme behandelt, nämlich erstens das Investitionsproblem und die Investitionspolitik der west- und osteuropäischen Länder und zweitens das Arbeitsmarktproblem in Westeuropa.

Als wesentlichstes Kennzeichen der Wirtschaftsentwicklung Westeuropas im Jahre 1955 bezeichnet der Bericht die Steigerung der Industrieproduktion um durchschnittlich 10 Prozent; das Jahr 1955 war das zweite, das im Zeichen der rapiden Wirtschaftsexpansion stand, wobei sich allerdings in der zweiten Jahreshälfte bereits gewisse Zeichen einer Verlangsamung des Wachstumsprozesses einstellten. Jugoslawien mit 18, Westdeutschland mit 16, Österreich mit 14 Prozent sind die Staaten, die den stärksten Produktionszuwachs zu verzeichnen hatten; mit Abstand folgen Belgien mit 9, Holland, Italien, Frank-

reich, Finnland und Griechenland mit je 8 Prozent. Der Impuls zu dieser Produktionserhöhung wurde trotz den in manchen Ländern bereits vorgenommenen Kreditrestriktionen in erster Linie von der starken Investitionstätigkeit ausgelöst, weshalb Stahl- und Bauindustrie einzigartige Rekorde aufweisen konnten. Auch sind in der Erzeugung von Chemikalien und Kunststoffen beachtliche Produktionserhöhungen zu verzeichnen, während die Textilindustrie mit dem Aufschwung nicht Schritt halten und die Kohlenförderung vielfach nicht mehr die steigende Nachfrage decken konnte, was einen verstärkten Kohlenimport erforderlich machte. Erwähnenswert sind auch besonders in Westdeutschland die durch den Eintritt einer erhöhten Anzahl von Jugendlichen in den Arbeitsprozeß ausgelösten Impulse.

Der Gesamtexport der westeuropäischen Staaten ist in der Zeit vom Januar 1955 bis September 1955 gegenüber demselben Zeitabschnitt des Jahres 1954 im Durchschnitt um 11 Prozent gestiegen, aber diese Steigerung gliedert sich folgendermaßen: nach europäischen Gebieten (einschließlich Osteuropas) 15 Prozent, nach dem Dollarraum 12 Prozent, nach dem lateinamerikanischen Nichtdollarraum 2 Prozent, nach dem Sterlingblock 4 Prozent und nach andern Gebieten 12 Prozent. Demgegenüber stiegen die Importe aus dem Dollarraum innerhalb dieser Zeitspanne um 22 Prozent, *so daß das Problem des europäischen Dollardefizites in ein noch kritischeres Stadium zu treten scheint.* Besonders schwierig ist das Problem der Handelsbilanz Großbritanniens. Wenn sich der innereuropäische Handel besser entwickelt hat als jener mit überseeischen Gebieten, so ist dies insbesondere auf die durch die Liberalisierung erleichterte Einfuhr der OEEC-Staaten zurückzuführen. Auch den verstärkten Druck auf das Preisniveau, das, wie erwähnt, eine fast stabile Tendenz hatte, nennt der Bericht der UNO als Folge der Liberalisierungspolitik.

Die Wirtschaftslage der Sowjetunion und der osteuropäischen Staaten stand laut Bericht der Wirtschaftskommission für Europa im Zeichen der Bemühungen um die Erhöhung des Wirtschaftspotentials, weshalb die Erhöhung des Lebensniveaus nicht im selben Tempo vor sich ging wie die Steigerung der Produktivität. So verzeichnete die Sowjetunion gegenüber 1954 im Jahre 1955 eine 12prozentige Produktionssteigerung, die zu rund zwei Dritteln auf Produktivitätssteigerung und zu rund einem Drittel auf Erhöhung der Anzahl der Arbeitskräfte zurückzuführen war. In der Tschechoslowakei waren es sogar 80 Prozent gegenüber 20 Prozent. In der Sowjetunion stand eine 3prozentige Erhöhung des Realeinkommens der Industriearbeiter einer 7prozentigen Erhöhung des Einkommens der auf Kollektivfarmen Beschäftigten gegenüber. Es ist klar, daß die Erhöhung der Getreideanbauflächen nicht nur beträchtliche Investitionssummen erfordert, sondern auch eine Verbesserung der Lebensbedingungen der in der Landwirtschaft tätigen Bevölke-

rung, die noch immer 45 Prozent der Gesamtbevölkerung der Sowjetunion ausmacht. Die Steigerung der Industrieproduktion in den osteuropäischen Staaten schwankte im Jahre 1955 zwischen 8 Prozent in Ostdeutschland und 13 bis 14 Prozent in Rumänien und Albanien. Der Handel zwischen den kommunistischen Staaten und denen der übrigen Welt war abermals im Steigen begriffen, wobei innerhalb der kommunistischen Staatengruppe der Anteil der Sowjetunion an dieser Steigerung unter dem Durchschnitt lag, während innerhalb der nichtkommunistischen Länder die sogenannten Unterentwickelten einen bemerkenswerten Anteil hatten. Auch den langfristigen Investitionsplänen der Sowjetunion und der Volksdemokratien widmet der ECE-Bericht einen Abschnitt. Es ist ersichtlich, daß es weiterhin Ziel des sowjetischen Planes ist, bis zum Jahre 1960 eine Kapazität zu erlangen, die nahe an die der traditionellen Industriestaaten heranreicht. So soll die Kohlenjahresproduktion 593 Millionen Tonnen, die Rohstahlproduktion 68 Millionen Tonnen erreichen. Die Erfüllung dieses im Rahmen des neuesten Fünfjahresplanes gestellten Zieles setzt folgende Erhöhungen voraus: Nationaleinkommen 60 Prozent, Investitionen 75 Prozent, Beschäftigung 10 Prozent, Produktivität 50 Prozent, Investitionsgüterproduktion 70 Prozent, Konsumgüterproduktion 60 Prozent. *Demgegenüber* ist nur eine 30prozentige Steigerung des Realeinkommens der Industriearbeiter und eine 40prozentige Einkommenssteigerung der Beschäftigten der Kollektivfarmen vorgesehen. Die geplanten Produktionserhöhungen des Ostblocks werden also zum Großteil Investitionsvorhaben zugute kommen müssen.

Schließlich ist ein Kapitel des ECE-Berichtes den Arbeitsmarktproblemen Westeuropas gewidmet. Es zeigt sich, daß in den letzten Jahren in vielen Ländern eine geringere Anzahl von Jugendlichen ins Berufsleben eintrat, da es geburtenschwache Jahrgänge waren, die die Schule verließen. In wenigen Jahren werden jedoch geburtenstärkere Jahrgänge aus der Zeit der Beendigung des Zweiten Weltkrieges ins Berufsleben eintreten, weshalb es unrichtig wäre, vorzeitig von der Erschöpfung der Arbeitskraftreserven zu sprechen.

Für die Erhöhung des Wirtschaftspotentials der Länder Europas und die Erfüllung der nationalen Programme ist es notwendig, daß der innereuropäische Handel gedeiht. Die politische und wirtschaftliche Trennung Ost- und Westeuropas hat die Entwicklung eines für beide Seiten vorteilhaften Handels behindert, sich negativ auf den Lebensstandard der Völker ausgewirkt und in einer Reihe von Ländern eine Krise der Zahlungsbilanz ausgelöst. Die Wirtschaft Europas hat sich ungleichmäßig entwickelt. Bekanntlich übt die Politik auf die Wirtschaft einen entscheidenden Einfluß aus. Die Wirtschaftskommission für Europa ist aber davon überzeugt, daß die allmähliche Normalisierung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ost und West einen großen Einfluß auf die Besserung der Beziehungen zwischen den beiden Lagern ausüben könnte.

Im April 1953 fand in Genf die erste Beratung von Handelsexperten der Länder Ost- und Westeuropas statt. Nach Ansicht von Herrn Myrdal, Generalsekretär der UNO-Wirtschaftskommission, war dies die erfolgreichste Konferenz im Rahmen der Wirtschaftskommission. Die Experten beider Teile Europas brachten ein Höchstmaß an gutem Willen auf. Fachleute aus 25 europäischen Ländern tauschten ihre Meinungen aus; darüber hinaus wurden im Verlauf der Beratungen Handelsvorschläge gemacht und äußerst nützliche Kontakte hergestellt. Seither sind mehrere weitere Beratungen dieser Art durchgeführt worden, die ebenfalls sehr günstige Ergebnisse gezeitigt haben. Der im Jahre 1948 auf Initiative der Sowjetunion geschaffene Ausschuß für Entwicklung des Außenhandels hat sich ebenfalls darum bemüht, die Entwicklung des innereuropäischen Handels zu erleichtern.

Die heutige Lage im Handel zwischen den Ländern West- und Osteuropas gibt begründeten Anlaß zu Optimismus. In den letzten Monaten hat sich das politische Klima gebessert. Möglicherweise wird der Handel zwischen allen Ländern Europas schon in den nächsten Monaten einen neuen Auftrieb erhalten. Nach Myrdals Meinung wäre es jedoch falsch, sensationelle Veränderungen zu erwarten. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden wir allmählich Verbesserungen beobachten können, wie sie schon eingetreten sind. Eine dieser Verbesserungen war die Herstellung freierer Kontakte zwischen den Käufern und Verkäufern sowie die Schaffung klarerer Vorstellungen über beidseitige Bedürfnisse und Möglichkeiten. Außerdem war in ganz Europa das Bestreben zu beobachten, die gegenseitigen Verrechnungsbedingungen zu erleichtern. Der Umfang des Handels zwischen West- und Osteuropa hat in der ersten Hälfte 1955 im allgemeinen zugenommen. Während er im ersten Halbjahr 1954 wertmäßig 927 Millionen Dollar ausmachte, hat er in der ersten Hälfte 1955 bereits 1085 Millionen Dollar erreicht. Charakteristischer als diese allgemeine Zunahme des Handels ist die Tatsache, daß in diesem Zeitraum die Länder Osteuropas ihren Export nach den Ländern Westeuropas um einen Drittel steigern konnten. Der Export der westeuropäischen Länder nach Osteuropa hat im gleichen Zeitraum um 9 Prozent zugenommen. Die finanziellen Möglichkeiten der Länder Osteuropas haben sich also vergrößert, und man kann eine erhebliche Zunahme ihrer Käufe in Westeuropa erwarten. Die Bemühungen, die einige Regierungen im Laufe des Jahres 1955 unternommen haben, um das Außenhandelsvolumen ihrer Länder zu erhöhen, haben in hohem Maße zur allgemeinen Ausdehnung des Handels beigetragen. So erhöhte beispielsweise Rumänien seinen Export nach Westeuropa im ersten Halbjahr 1955 um 110 Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum des Jahres 1954, während der Export Ungarns um 80 Prozent und derjenige der Tschechoslowakei um 45 Prozent zunahm. Auf der andern Seite hat Frankreich seinen Export nach Osteuropa fast verdoppelt. Auch die Türkei und Westdeutschland haben ihren Export nach den Ländern Osteuropas beträchtlich

gesteigert. Offensichtlich wird sich der Handel zwischen allen europäischen Ländern in dem Maße ausdehnen, wie die Kriegsgefahr abnimmt.

Ein Handel, der auf der Berücksichtigung der beidseitigen Interessen beruht, wird beiden Seiten Nutzen bringen. Westeuropa wird nicht nur Rohstoffe und Lebensmittel, die es nicht mit Dollar zu bezahlen braucht, sondern auch neue Märkte für seine eigenen Waren erhalten. Der Osten aber wird dadurch, daß er die von ihm benötigten Güter einführt, die Entwicklung seiner Wirtschaft beschleunigen können. Es ist notwendig, eine vernünftige Struktur der Weltproduktion und des Handels zu schaffen. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß sich die Länder Osteuropas wirtschaftlich rasch entwickeln und daß sich infolgedessen ihre Exportmöglichkeiten und ihr Importbedarf vergrößern.

Die Wirtschaftskommission für Europa hat als Organ der Vereinten Nationen die Pflicht, alle ihr zu Gebote stehenden Möglichkeiten für die Stabilisierung des normalen und friedlichen Lebens der Länder Europas zu nutzen. Die UNO-Wirtschaftskommission für Europa muß als Instrument des Friedens genutzt werden. Diese muß, soweit dies in ihren Kräften steht, dazu beitragen, den Geist der gegenseitigen Achtung, des gegenseitigen Verständnisses und der Zusammenarbeit wiederherzustellen, den Geist, aus dem die Organisation der Vereinten Nationen entstanden ist. Dadurch kann die UNO-Wirtschaftskommission für Europa ihren Beitrag zur Verbesserung sowohl der politischen als auch der wirtschaftlichen Lebensbedingungen der Völker Europas leisten.

Nachdem aber die Außenministerkonferenz im Oktober 1955 der Weltwirtschaft gewissermaßen einen Streich gespielt hatte, indem sie den Punkt 3 der Genfer Direktive und damit die Aufgabe der Wirtschaft überhaupt nicht berücksichtigte, sind die Wirtschafter der westlichen Welt zu der Erkenntnis gekommen, daß sie nun in eigener Sache auf dem Wege der Selbsthilfe etwas unternehmen müssen. Im Zeitpunkt einer politischen und militärischen Versteifung der beiden großen Machtblöcke geht die Wirtschaft andere und neue Wege, indem sie bewußt die politischen Differenzen als nicht entscheidend betrachtet, vielmehr das ausgleichende Moment der sich in der Welt koordinierenden Wirtschaftskräfte in den Vordergrund stellt.

Der Bericht der Wirtschaftskommission für Europa über den Ost-West-Handel im Jahre 1955 hatte nicht zuletzt in der gegenwärtigen Diskussion um die weitere Erhöhung des Ost-West-Handels die unerläßliche Grundlage für eine solide und realistische Lösung dieses heiklen Problems geliefert. Dieser in jeder Hinsicht interessante Bericht darf mit Recht eine Sonderstellung unter den zahlreichen anderen jährlich erscheinenden Wirtschaftsberichten einnehmen. Der Grund dafür liegt einmal darin, daß dieser Bericht einen ausgezeichneten Überblick über die langfristigen Entwicklungstendenzen der europäischen Volkswirtschaften vermittelt und damit zum unentbehrlichen

Quellennachweis sowohl für den Forscher als auch für den Wirtschaftspolitiker wird. Zum andern – und hier liegt der eigentliche Grund für die Bedeutung dieses Dokuments – findet sich darin die einzige international autorisierte Quellensammlung von Wirtschaftsdaten über die wirtschaftliche Entwicklung der osteuropäischen Staaten, also der Volksdemokratien einerseits und der Sowjetunion anderseits. Wie gründlich alle irgendwie zugänglichen Quellen nach allen Richtungen und mit allen Vorbehalten (die übrigens im Bericht ausdrücklich hervorgehoben werden) verarbeitet wurden, geht unter anderem daraus hervor, daß allein für die Staaten Albanien, Bulgarien, Tschechoslowakei, Ostdeutschland, Ungarn, Polen, Rumänien und die Sowjetunion nicht weniger als 300 offizielle und halboffizielle Quellen dieser Länder herangezogen worden sind. Einen Wirtschaftsbericht über die wirtschaftliche Entwicklung der osteuropäischen Länder, der sich auf größeres Material stützen würde, gibt es im Westen nicht. Hier also liegt die eigentliche Bedeutung dieses Berichtes. Außerdem veröffentlichte die Wirtschaftskommission für Europa eine umfangreiche Studie des bekannten schwedischen Nationalökonomen Ingvar Svenilson.

Es gibt immer wieder Skeptiker und Pessimisten, die den Fortschritt der Wissenschaften und ihre Bedeutung für das Wohl der Menschheit nicht gelten lassen wollen. Sie bekräftigen ihre Haltung mit scheinbar ganz einleuchtenden Argumenten: wie viele Fortschritte behauptet zum Beispiel die Medizin gemacht zu haben, und doch kenne sie die Ursache vieler Krankheiten nicht, doch sterben aber Tausende von Menschen an Krebs usw. Und gar bei der Wirtschaftswissenschaft, da ist die Lage ja noch hoffnungsloser: wie viele Bücher hätte man – so lauten in der Regel die Argumente – schon über das Problem der Arbeitslosigkeit geschrieben, und doch gibt und gab es Millionen von Arbeitslosen; wie viele wirtschaftswissenschaftliche Institutionen beschäftigen Tausende von Wissenschaftern, und trotzdem kann niemand sagen, wie sich die Wirtschaft in Zukunft entwickeln wird, und ob wir alle bis an unser Lebensende in gesicherten Lebensverhältnissen leben können. So zu argumentieren, bedeutet den Sinn der Wissenschaft zu verkennen und ihre Dienste zu überfordern. Bedeutet nicht schon jeder gerettete Patient einen Sieg für die Medizin? Und wer hat die wirtschaftlichen Katastrophen gezählt, die eingetreten wären, wenn man nicht die gemachten Erfahrungen in mühsamer Kleinarbeit ausgewertet und den verantwortlichen Instanzen in Form von statistischen Berechnungen zur Verfügung gestellt hätte?

In diesem Sinne darf die Studie des schwedischen Sozialisten Ingvar Svenilson als ein echter Beitrag zur Förderung unserer Erkenntnisse auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Gesamtzusammenhänge bezeichnet werden. Die Bedeutung dieser Studie liegt darin, daß sie auf einen Umstand aufmerksam macht, der von der herkömmlichen Wirtschaftswissenschaft nicht

oder nur am Rande beachtet wurde. Svenilson faßt das, was er meint, unter dem Begriff «Transformation» zusammen. Er versteht darunter alle jene Übergangs- und Anpassungsvorgänge, die sich seit den letzten 40 Jahren, insbesondere in Europa, als Folge von technologischen Neuerungen und des Bevölkerungswachstums zugetragen haben. Dazu gehören: Veränderungen der Produktionsmethoden, Veränderungen des Verhältnisses zwischen Rohmaterialien und Fertigprodukten, Entwicklung neuer Fertigwaren, Veränderungen in der Zusammensetzung des Konsums, Verschiebungen im Außenhandel, Schwankungen im Produktionsfaktor Arbeit usw. – Die offizielle Wissenschaft schaffte sich diese unangenehmen Probleme sehr einfach vom Halse, indem sie sie unter die Kategorie der «Anpassungsvorgänge» einordnete. Sie ging dabei von der Annahme aus, daß die Wirtschaft als Ganzes immer zu einem Gleichgewicht strebe und nach jeder von außen kommenden Störung, nach einer mehr oder weniger langen Anpassungszeit, wieder zum Normalstand zurückkehre. Diese Meinung hatte ihre Wurzel im Gedankengut des 19. Jahrhunderts, wo die berühmte «unsichtbare Hand für Ordnung und Gleichgewicht sorgte. Heute kann man rückblickend feststellen, daß die mangelnde Kenntnis dieser Transformationsprozesse schwerwiegende Folgen für die europäische Wirtschaft hatte. Statt daß man sich des internationalen Charakters der Anpassungsvorgänge bewußt geworden wäre, trachtete man danach, durch einschränkende Maßnahmen auf dem Gebiet des Außenhandels, durch Devisenkontrollen, Kartellierung usw. sich die unangenehmen Auswirkungen der notwendigen Anpassung möglichst fern zu halten. Das Ergebnis war für alle europäischen Staaten gleichermaßen verheerend. In der Zwischenkriegszeit verfielen die europäischen Staaten in eine Starrheit, die die europäische Nachfrage nach überseeischen Rohstoffen zurückgehen ließ, was wiederum die Kaufkraft der überseeischen Länder schmälerte und diese Länder außerstande setzte, Europa die Menge von Fabrikaten abzukaufen, die die europäischen Länder im Interesse einer Prosperität ihrer eigenen Volkswirtschaften hätten absetzen müssen. An dieser Stelle schließt sich der «Teufelskreis».

Es ließen sich aus der interessanten Studie Svenilsons noch mehrere solcher Beispiele anführen. Doch fragen wir nach den Konsequenzen, die aus seinen Erkenntnissen zu ziehen sind: In einer Zeit, die durch eine außerordentliche technologische Dynamik und massive Bevölkerungsverschiebungen charakterisiert ist, muß das Wesen der Anpassungsvorgänge genau studiert und eine internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der «Transformationstechnik» erreicht werden. Konkret heißt dies: Die entscheidende Kampflinie unserer Zeit läuft zwischen den Verfechtern einer restriktiven Wirtschaft und jener einer expansiven Wirtschaftsweise. Restriktive Wirtschaft, das ist die Drosselung der Produktion zum Zwecke der Hochhaltung

der Profite. Expansive Wirtschaft strebt nach Vollproduktion. Die Wahl zwischen beiden Wirtschaftssystemen hängt von politischen Machtentscheidungen ab, im nationalen wie im internationalen Maßstabe. Expansive Wirtschaft setzt in jedem Lande die stabile Existenz fortschrittlicher Regierungen voraus, mit wirksamer Kontrolle aller wirtschaftlichen und finanziellen Schlüsselpositionen, mit Verfügungsgewalt über die wichtigsten nationalen Hilfsquellen. Das Kernproblem demokratisch-sozialistischer Politik in unserer Zeit ist es, stabile Machtverhältnisse für die Beherrschung der Wirtschaft zu schaffen. Eine soziale Demokratie braucht außerdem eine Maschinerie der Planwirtschaft, deren Funktionen ebensowenig nach Wahlperioden bemessen werden können wie die Funktion der Börse im liberalen Kapitalismus. Die soziale Demokratie muß also schon ihrer verfassungsmäßigen Struktur nach insofern funktionell sein, als jede praktische Garantie geschaffen werden soll, daß die Lohnempfänger und Konsumenten ihre politischen Rechte ohne den Druck wirtschaftlicher Abhängigkeit ausüben können. Nur so werden die politischen Auswirkungen und Härten zukünftiger Anpassungsvorgänge vermindert werden können. Es ist aus diesen Gründen zu hoffen, daß die Studie von Ingvar Svenilson zu einer fruchtbaren Arbeit auf dem Gebiet der «Transformation» führen wird.

Der Ton, der in den soeben abgeschlossenen Genfer Besprechungen der Wirtschaftskommission für Europa herrschte, war im allgemeinen eindrucksvoll. Den pessimistischen Ausführungen der «NZZ» vom 24. April 1956 können wir nicht zustimmen. In der Weltpolitik ist eine rasche Wendung zum Besseren möglich, und ein vorsichtiger Optimismus ist auch in der heutigen Lage durchaus gerechtfertigt. Einen solchen Optimismus haben wir in der Wirtschaftskommission für Europa nötig: denn nur in dem Maße, als die Bestrebungen zur friedlichen Zusammenarbeit aus dem Stadium der Hoffnung in das der Verwirklichung treten, werden auch unsere Bemühungen für eine bessere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Völkern Europas Früchte tragen. Trotz manchen beachtenswerten Anfangserfolgen sind wir in dieser Arbeit über ein erster Stadium noch nicht hinausgelangt. Aber die Beratungen der diesjährigen Generalversammlung der Wirtschaftskommission für Europa in Genf waren von einem – wie wir glauben, zum erstenmal begründeten – Optimismus getragen. Eine der wichtigsten Voraussetzungen unserer Arbeit scheint uns zu sein, daß wir zwischen den Ländern Europas gutnachbarliche Beziehungen schaffen. Sollen wir die Deklarationen zur friedlichen Koexistenz und zur freundschaftlichen Zusammenarbeit ernst nehmen können, so müßten Maßnahmen, die nur zwischen einander feindlich gesinnten Ländern begründet wären, so rasch wie möglich liquidiert werden. Es darf zwischen den Völkern Europas keine Stacheldrähte und Explosionsminen, keine Wachttürme und keine unerträglichen Beschränkungen des gegenseitigen

Reiseverkehrs geben, wenn ein echter Friedenszustand verwirklicht werden soll.

Alle europäischen Delegierten dankten abschließend der ECE für die außerordentlich wertvollen Unterlagen, die diese im vergangenen Jahr Europa zur Verfügung gestellt hat. Besondere Anerkennung wurde dem Exekutivsekretär Prof. G. Myrdal, einem schwedischen Sozialisten, gezollt, dessen schöpferischer Initiative es zu danken ist, daß die ECE als Plattform der Diskussion auch in schwierigen Zeiten erhalten geblieben ist und heute vielleicht an der Schwelle einer neuen Entwicklung steht.

KARL AESCHBACH

Aktuelle Probleme der Sozialistischen Jugend

Jede Zeit, jede neue Generation hat ihre eigenen Probleme. Heute, da sich nachweisbar große Teile der Jugend überhaupt von Politik fernhalten, sind die Fragen der politischen Jugendbewegung besonders aktuell geworden. Die äußeren Schwierigkeiten, mit denen die heutigen Organisationen der Sozialistischen Jugend zu kämpfen haben, sind allgemein bekannt. Aber nicht überall (auch in der Jugend selber nicht) ist man sich der tieferen Gründe der gegenwärtigen Krise bewußt. Es bedurfte des Anstoßes von außen, der Kritik von Bednarik und anderen, um die Diskussion richtig in Gang zu bringen. Nachdem ich in einem früheren Artikel nachzuweisen versuchte, daß Bednarik nicht recht habe, darf natürlich von mir erwartet werden, daß ich auch meine Ansicht über die Zukunft der Sozialistischen Jugend darlege.

Ich möchte meine Betrachtungen von Anfang an unter einen Grundsatz stellen: Die Entwicklung der Jugendbewegung muß stets im Rahmen der Entwicklung der Gesamtbewegung gesehen werden. Ich glaube, daß sich manche Schwierigkeiten und Differenzen erklären lassen, wenn wir in Betracht ziehen, daß der Sozialismus in den letzten Jahrzehnten eine wesentliche Entwicklung durchlaufen hat und sich Bedingungen und Formen des sozialistischen Kampfes geändert haben. Wir können darum die heutige Sozialistische Jugend nur bedingt mit der SAJ von früher vergleichen, weil diese beiden Generationen von Jungen in zwei verschiedenen Phasen der sozialistischen Entwicklung tätig wurden. Es ist noch nicht lange her, daß die Sozialisten beinahe überall von der Macht oder auch nur einer wesentlichen Mitarbeit an der Regierung ausgeschlossen waren. Heute sind sie in einigen Ländern an der Regierung, und in allen Ländern der demokratischen Welt stellen sie eine Macht dar, auf die Rücksicht genommen werden muß. Dadurch hat sich die soziale Sicherheit des Arbeitnehmers erhöht, was auch